

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Agrarpolitische Spannungen im europäischen Raum: Ein Gespräch unserer Auslandskorrespondenten über die agrarpolitischen Tendenzen

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1959) : Agrarpolitische Spannungen im europäischen Raum: Ein Gespräch unserer Auslandskorrespondenten über die agrarpolitischen Tendenzen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 39, Iss. 3, pp. 123-130

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132767>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## *Agrarpolitische Spannungen im europäischen Raum*

Ein Gespräch unserer Auslandskorrespondenten über die agrarpolitischen Tendenzen

### FRANKREICH: Günstige Ausgangslage für die Integration

Paris, den 12. 3. 1959

Der französischen Landwirtschaft brachte der Start des Gemeinsamen Marktes eine angenehme Überraschung. Nachdem sie lange befürchtet hatte, international nicht konkurrenzfähig zu sein und auf die protektionistischen Krücken nicht verzichten zu können, stellte sich plötzlich heraus, daß ihr Preisniveau, besonders dank der letzten Francabwertung, teilweise sogar unter dem Weltmarktdurchschnitt liegt. Für Weizen gehört so Frankreich zu den billigsten Produzenten. Auch Fleisch und Zucker können ohne Subventionen ausgeführt werden. Selbst der italienische Wein ist — besonders unter Berücksichtigung der zweifellos gegebenen Qualitätsunterschiede — keine gefährliche Konkurrenz mehr. Die französische Landwirtschaft sieht demnach dem Gemeinsamen Markt mit Zuversicht entgegen.

#### *Die europäischen Preise werden höher liegen*

Aus den in Brüssel von der Europäischen Kommission zur Sicherstellung einer gemeinsamen Agrarpolitik geplanten Maßnahmen droht der französischen Landwirtschaft keinerlei Gefahr, und sie glaubt, langfristig daraus nur Nutzen ziehen zu können. Bekanntlich geht es hauptsächlich darum, einheitliche europäische Preise zu vereinbaren und sicherzustellen. Da die jetzigen französischen Preise am unteren Ende der europäischen Skala liegen und sich die Preise der Gemeinschaft zumindest auf

einer mittleren Ebene bewegen werden, sind sich die französischen Bauern der schrittweisen Hebung ihres Lebensstandards über den Gemeinsamen Markt bewußt.

Die Lage des Getreides erscheint in dieser Beziehung als bezeichnend. Der französische Weizenpreis bleibt derartig stark hinter dem deutschen und italienischen Inlandspreis zurück, daß die Festsetzung eines europäischen Mittelkurses für die französische Landwirtschaft fast mit dem großen Los zu vergleichen wäre. Nur besitzt diese Medaille eine Kehrseite: Im Gegensatz zur Bundesrepublik und teilweise auch zu Italien ist Weizen in Frankreich eine sehr rentable Produktion. Jede Preissteigerung führt zur Ausweitung der Anbauflächen und zur Intensivierung der Bebauungsmethoden. Liegt der europäische Preis um mehr als 15 bis 20 % über den jetzigen französischen Notierungen, muß man sofort mit einer bedenklichen Weizenschwemme und entsprechenden Marktstörung rechnen.

Einen teilweisen Ausgleich hofft man durch ein vernünftiges Preisverhältnis zwischen Brot- und Futtermittelgetreide zur Ermutigung der Fleischproduktion schaffen zu können. Darüber hinaus weiß man jedoch, daß man einerseits auf den Export angewiesen ist, was natürlich einen niedrigen Preis oder Ausgleichsabgaben zur Subventionierung der Ausfuhr voraussetzt, und daß man andererseits unbedingt im europäischen Raum den Weizenanbau dort, wo er verhält-

nismäßig wenig rentabel ist, entmutigen muß, wofür man französischerseits vorwiegend an die Bundesrepublik und an Belgien denkt. Eine gewisse Entlastung sollte sich schließlich aus der methodischen Umstellung Italiens auf Hartweizen ergeben.

#### *Sorgen um den Absatz*

Die französische Landwirtschaft befindet sich in einer ausreichenden Phase der Modernisierung, um bis auf weiteres nicht durch akute Rentabilitäts- und Konkurrenzprobleme belastet zu sein. Ihre Hauptsorge betrifft den Absatz. Hierfür zeigt sie sich zugleich pessimistisch und optimistisch. 1958 betrug der Fehlbetrag der landwirtschaftlichen Handelsbilanz nicht weniger als 655,9 Mrd. ffrs gegenüber 589,5 Mrd. im Vorjahr. Im Verkehr mit dem Auslande überstiegen die Agrareinfuhren die Ausfuhren um rund 260 Mrd. ffrs, im Verkehr mit den überseeischen Gebieten um rund 395 Mrd. ffrs. Von dieser Überschubeinfuhr benötigte Frankreich zur Deckung seines reinen Lebensmittelbedarfs aus dem Ausland 1958 eine Agrareinfuhr von 33 Mrd., aus den überseeischen Gebieten von rund 360 Mrd. ffrs. Diese Zahlen lassen Raum für eine nicht geringe Produktionsausweitung, besonders da ein Teil der Überschüsse der überseeischen Gebiete schrittweise auf dem Gemeinsamen Markt untergebracht werden kann. Außerdem darf die französische Landwirtschaft damit rechnen, den Einfuhrbedarf ihrer europäischen Partner, die sich bisher anderer Lieferanten bedienten, in wachsendem Umfang zu decken.

*Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.*

### **Straffe Marktordnung im europäischen Rahmen**

Dieser sozusagen statistische Optimismus sollte in seiner Tragweite nicht überschätzt werden. Die französische Landwirtschaft ist sich sehr wohl der seit Kriegsende erfolgten strukturellen Umgestaltung im europäischen Agrarsektor bewußt, d. h. der ständigen Steigerung der Bedarfsdeckungsrate durch die Eigenproduktion infolge fortschreitender Rationalisierung. Gerade auf dem Gebiete der Landwirtschaft ist Produktivität eng mit Produktionsausweitung verbunden. Daß sich aus diesen Verhältnissen für die Zukunft erhebliche Härten, besonders in den von der Natur weniger begünstigten Gebieten, ergeben, leugnet man nicht. Dies bedeutet, daß die europäische Agrarbevölkerung stark zurückgehen muß, besonders in Italien und in der Bundesrepublik, aber auch in Frankreich selbst. Außerdem beginnen wenigstens weitsichtigere Kreise zu verstehen, daß mit einer Autarkiepolitik die europäischen Agrarprobleme nicht zu lösen sind, sondern die Landwirtschaft auf steigende Ausfuhren angewiesen ist, was zwangsläufig eine gewisse Bereitschaft voraussetzt, den Gemeinsamen Markt landwirtschaftlichen Einfuhren nicht zu verschließen. Eine liberale Einstellung würde unter diesen Umständen voraussetzen, daß die europäischen Agrarpreise jeweils den niedrigsten Gestehungskosten entsprechen, d. h. dem theoretischen Weltmarktpreis zustreben. Praktisch käme diese Methode jedoch einem Todesurteil für einen nicht geringen Teil der europäischen Landwirtschaft gleich. Deshalb glaubt man, selbst wenn dies noch nicht ohne weiteres offiziell zugegeben wird, um ein dauerhaftes System doppelter Preise, d. h. um die auch in den USA geübte Exportsubventionierung, nicht herumzukommen.

Im europäischen Rahmen tritt demnach die französische Landwirtschaft für eine straffe Marktordnung ein, deren Grundlage man in einer wirtschaftspolitisch ausgerichteten Festsetzung der Getreidepreise sieht, um das Angebot von Brotgetreide zu verringern und den Anbau von Futtergetreidesorten

den europäischen Produktionsbedingungen entsprechend (viel Gerste und wenig Mais) zu fördern. Im Veredelungssektor möchte man andererseits die Produktion von Fleisch zu Lasten der Milcherzeugung begünstigen. Für wesentlich erachtet man schließlich eine europäisch finanzierte ausgleichende Vorrathaltung, damit Überschüsse oder schlechte Ernten den Markt nicht in Unordnung bringen. Diese Vorratsorganisationen könnten außerdem erfolgreich den Export steuern.

### **BENELUX: Spezialisierung und Arbeitsteilung kann helfen!**

Haarlem, den 17. 3. 1959

Es hat in den Benelux-Ländern viel Staub aufgewirbelt, als das niederländische Mitglied der Europamarktkommission, der frühere Landwirtschaftsminister Mansholt, die Auffassung verkündete, daß die in der Landwirtschaft tätige Berufsbevölkerung in den am Gemeinsamen Markt beteiligten Ländern im Laufe von zwanzig bis dreißig Jahren im Zuge der Sanierung der europäischen Agrarwirtschaft um etwa 8 Millionen verringert werden müsse. Er erwartet, daß 1 Million Deutsche, 500 000 Personen aus den Benelux-Ländern, 5 Mill. Italiener und 1,5 Mill. Franzosen von der Landwirtschaft nach der Industrie abwandern müssen.

Die erste Reaktion in den Niederlanden war, daß gewisse Gruppen eine Geburteinschränkung befürworteten. Die landwirtschaftlichen Kreise Belgiens erklärten Mansholt jedoch einen „Krieg auf Tod und Leben“, falls er es wagen sollte, eine gemeinsame Agrarpolitik durchzuführen, von der derartige Folgen zu erwarten seien. Man fügte hinzu, die Gewißheit zu haben, daß die große Mehrheit der europäischen Landwirte und Bauern genau so darüber dächte und daß man sich sowohl auf den Text des Europamarktvertrages selbst wie auf die Resolution der im Juli 1958 abgehaltenen Konferenz von Stresa beziehen könne. Auf dieser Konferenz wurde die Familienstruktur der europäischen Agrarwirtschaft zum Ausgangspunkt ge-

Nach Ansicht der französischen Agrarsachverständigen sind Produktivität, Rentabilität und unbedingte Absatzgarantie eng miteinander verbunden. Allerdings soll diese straffe Marktordnung keine Überschußproduktion begünstigen. Sie hat infolgedessen Hand in Hand zu gehen mit einer marktgerechten Preispolitik, die ihrerseits zwangsläufig zur Ausschaltung von Produktionszweigen und Produktionsgebieten zu führen hätte, die eine geringere Leistungsfähigkeit aufweisen. (fr.)

nommen, damit die landwirtschaftlichen Betriebe das Leben der Bauernfamilien sicherstellen.

#### **Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik**

Der Europamarktvertrag gewährt der Europakommission zwei Jahre Zeit, um einen Plan für eine gemeinsame Agrarpolitik der Mitgliedstaaten einzureichen. Wir können diesen Plan also gegen Ende 1959 erwarten. Der Kommission ist dabei nicht ganz freie Hand gelassen, da im Vertrag eine nähere Beschreibung der Zielsetzung aufgenommen worden ist, die mit der Führung einer gemeinsamen Agrarpolitik erreicht werden müsse. Die Ziele sind: Förderung der Produktivität in der Landwirtschaft; Förderung einer rationellen Entwicklung der Agrarproduktion; höherer Lebensstandard der in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung; Stabilisierung der Märkte und angemessene Konsumpreise. Außerdem muß dem Sondercharakter des Agrarsektors Rechnung getragen werden, wobei besondere soziale und menschliche Faktoren zu berücksichtigen sind. Die Agrarproduktion ist nun einmal weniger flexibel als die industrielle Erzeugung.

Es ist nicht abzustreiten, daß die im Vertrag aufgeführte Zielsetzung beinahe allen, oft sehr entgegengesetzten Interessen Anhaltspunkte bietet, so daß es schwierig sein dürfte, daraus eine Richtlinie für die künftige Agrarpolitik zu entwickeln. Dennoch muß dies geschehen, da die Landwirtschaft nicht

für immer vom Gemeinsamen Markt ferngehalten werden kann, ohne das Ganze zu gefährden. Bleibt die Landwirtschaft ausgeschlossen, dann profitieren die Mitgliedstaaten viel zu ungleichmäßig von den Vorteilen des Gemeinsamen Marktes. Besonders die Niederlande kämen dann ins Hintertreffen, da sie der größte Exporteur landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind, 40 % der niederländischen Ausfuhr nach den Partnerländern besteht nämlich aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Wenn die Niederlande bereit sind, ihre Grenzen für die industriellen Erzeugnisse ihrer Partner weit zu öffnen, dann erwarten sie natürlich, daß diese für ihre Agrarerzeugnisse dasselbe tun werden.

#### **Das gleiche protektionistische Ziel**

Bisher herrschte in allen sechs Ländern auf landwirtschaftlichem Gebiet ein starker Protektionismus. Als Hauptgrund dafür führte man an, im Kriegsfall imstande sein zu müssen, genügend Nahrungsmittel für die Bevölkerung im eigenen Lande zu erzeugen. Es ist jedoch fraglich, ob dieses Argument in unserem Atomzeitalter noch stichhaltig ist, da man kaum noch erwarten kann, heute ein Volk mit einer Hungerblockade zur Kapitulation zu zwingen. In Europa ist darum der Agrarprotektionismus schon heute nirgends mehr auf die Anforderungen einer Kriegswirtschaft abgestimmt. Desto mehr jedoch zielt er darauf ab, durch Förderung der Veredelungswirtschaft eine möglichst hohe Rentabilität der landwirtschaftli-

chen Betriebe zu erzielen und damit den Lebensstandard der Landwirte und Bauern zu heben. Jedes Land versucht, die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit seiner Landwirtschaft als Ganzes zu stärken und eventuelle Produktionsüberschüsse in den Nachbarländern abzusetzen.

Man kann natürlich den Versuch unternehmen, die hierbei auftauchenden Schwierigkeiten durch Harmonisierung aus dem Wege zu räumen, aber die jahrelangen Erfahrungen im Rahmen der Benelux-Union lehren, daß man dadurch dem Ziel eines gemeinsamen Agrarmarktes nicht viel näher kommt. Die meisten Harmonisierungsbestrebungen hatten sogar eine Trübung der ursprünglich guten Beziehungen zwischen Belgien, Luxemburg und den Niederlanden zur Folge. Noch heute macht Belgien den Niederlanden den Vorwurf, sie betreiben keine „ehrliche“ Agrarpolitik, weil sie die Konkurrenz u. a. durch eine Preisüberwachung der Grundstücke und Pachten unlauter machen.

#### **Planvolle Arbeitsteilung**

Das grundlegende Prinzip der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist nun einmal, daß die Produktion bei gleichen, ehrlichen Konkurrenzbedingungen da stattfinden soll, wo dies am besten und vorteilhaftesten möglich ist, unbehindert von Grenzen und Devisenbestimmungen. Auf industriellem Gebiet ist dies weit einfacher zu erreichen als im Agrarsektor. Aber wenn man der Landwirtschaft nicht für ewig den Zutritt zum Gemeinsamen Markt unmöglich machen will, wird man bei der Ausarbei-

tung einer gemeinsamen Agrarpolitik seine Aufmerksamkeit vor allem auf eine unerläßliche planvolle Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Ländern konzentrieren müssen, nötigenfalls ohne Berücksichtigung des Widerstandes der nationalen Landwirtschaften, denen es anscheinend besonders schwer fällt, sich davon zu überzeugen, daß das Volkswohl in allen Mitgliedstaaten bei gut erwogener Spezialisierung auf lange Sicht am besten gewährleistet ist.

Jedes Land muß seine Produktionsmittel so gebrauchen, daß es damit ein optimales Resultat erzielt. Die hohe Rentabilität des industriellen Sektors kam nicht ausschließlich in gesteigertem Gewinn, sondern auch in den Löhnen zum Ausdruck. Gleichschaltung der Landarbeiter mit den Industriearbeitern auf dem Lohngebiet konnte darum nicht ohne Einfluß auf die Agrarstruktur in den verschiedenen Ländern bleiben. Auf die Dauer wird es jedoch nur bei weit durchgeführter Spezialisierung, Rationalisierung und Mechanisierung möglich bleiben, im Agrarsektor Löhne zu zahlen, die denen in der Industrie entsprechen. In den Niederlanden versuchte man, sich bisher dieser eisernen Konsequenz durch die Gewährung hoher Subventionen aus der Staatskasse zu entziehen. Diese Subventionen betragen im Jahre 1958 nicht weniger als 575 Mill. hfl. Dies bedeutet nicht nur eine auf die Dauer für die Staatskasse unerträgliche Belastung, sondern diese Subventionen haben ebenfalls Disparitäten zwischen den landwirtschaftlichen Produktionen in den verschiedenen



# COMMERZBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

**DUSSELDORF · FRANKFURT (MAIN) · HAMBURG**

In Berlin **BERLINER COMMERZBANK** Aktiengesellschaft

200 Geschäftsstellen in der Bundesrepublik und in West-Berlin

Ländern zur Folge, die im Rahmen des Gemeinsamen Marktes nicht geduldet werden dürfen.

#### *Spezialisierung verlangt Opfer*

In den Niederlanden sieht man also ein, daß eine dauerhafte wirtschaftliche Lebensfähigkeit der nationalen Landwirtschaft nur bei planvoller Arbeitsteilung und Spezialisierung gewährleistet sein kann, über die die Partnerländer zu einem Einvernehmen kommen müssen. Jedes Mitgliedsland wird im Interesse der Partnerländer die Erzeugung gewisser Produkte einstellen müssen. So werden die Niederlande z. B. den Gartenbaubetrieb in Gewächs- und Treibhäusern aufgeben und Italien überlassen müssen. Belgien wird sich damit abfinden müssen, daß sein Wunschtraum, ein großer Butterexporteur zu werden, nicht in Erfüllung gehen kann, und sich mit dem Gedanken versöhnen müssen, daß es nicht angeht, als das stärkste industrialisierte Land Westeuropas zugleich Exporteur agrarischer Erzeugnisse zu sein, abgesehen von einigen sehr speziellen Erzeugnissen, mit denen der belgische Gartenbau seine Sporen verdient hat.

Die Niederlande werden sich hauptsächlich auf die Viehwirtschaft konzentrieren müssen. Viehwirtschaftliche Erzeugnisse machen den Hauptbestandteil der niederländischen Agrarausfuhr aus. Wird die Viehwirtschaft unrentabel, dann bedeutet dies, daß die übergroße Mehrheit der niederländischen Bauern mit Verlusten arbeitet. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Sonderstellung der Niederlande auf diesem Gebiet beim Zustandekommen des landwirtschaftlichen Gemeinsamen Marktes berücksichtigt werden und man dabei auch den Interessen der fleischverarbeitenden Industrien Rechnung tragen wird. Ferner sind die Blumenzwiebelwirtschaft und die Geflügelzucht ausgesprochene niederländische Spezialitäten. Ursprünglich wurde die Geflügelzucht in den Niederlanden hauptsächlich zum Zweck der Eiererzeugung betrieben. Jetzt wird bereits in zunehmendem Ausmaße geschlachtetes Geflügel trotz starker Konkurrenz der USA ins Ausland exportiert.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die europäische Regelung der Preise für Futtergetreide die Achse ist, um die sich die ganze künftige europäische Agrarpolitik drehen wird. Diese Preise bilden nicht nur ein sehr bedeutsames Element des bäuerlichen Einkommens, sondern auch zugleich der Rohstoffkosten der Viehwirtschaft mit allem, was damit zusammenhängt. Da ein großer Teil der Kartoffelernten als Viehfutter verwendet wird, werden sich die Kartoffelpreise nach den Getreidepreisen richten müssen.

#### *Der Nationalismus muß gezügelt werden*

Hinsichtlich der langfristigen Kontrakte, die Frankreich sich im EWG-Vertrag für Erzeugnisse wie Getreide und Zucker ausbedingen konnte, um seine Überschüsse los zu werden, ist man in den Niederlanden sehr mißtrauisch, weil man befürchtet, dadurch in die Zwangslage zu kommen, höhere Preise für diese Artikel entrichten zu müssen als die, wofür man diese Produkte in anderen Ländern (USA, Kanada usw.) einkaufen kann. Als Maßstab für diese Kontrakte gilt nämlich der

Preis im Importland selbst, und dieser liegt in den Niederlanden infolge der den Bauern unter Zollschutz garantierten Preise höher als in den nordatlantischen Getreide-Erzeugungsgebieten. Man findet es ferner unerwünscht, daß diese Kontrakte eine Wiederaufhebung des Staatshandels zur Folge haben werden. Übrigens sollen diese langfristigen Kontrakte nur während der Übergangsperiode gültig sein.

Von wesentlicher Bedeutung für die Zukunft ist es, ob die Regierungen imstande sein werden, den kurzsichtigen Nationalismus im Agrarsektor so zu zügeln, daß im europäischen Raum eine bessere Arbeitsteilung und eine bessere Produktionsstruktur zu erreichen sein werden. Dabei wird stark mechanisiert und rationalisiert werden müssen, was eine Vergrößerung des Umfanges der Betriebe unerlässlich macht. Auch die Erfahrungen, die man in Amerika gemacht hat, lehren, daß nur bei Spezialisierung und Mechanisierung die Agrarbetriebe in Konkurrenz mit der Industrie so hohe Löhne zahlen können, um den Lebensstandard der landwirtschaftlichen Bevölkerung fühlbar zu erhöhen. (MHJ)

### **ITALIEN: Der Schwierigkeiten voll bewußt**

Rom, den 16. 3. 1959

Die italienischen Bauern bejahen im Prinzip die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, sofern die Vertragsbedingungen tatsächlich auf der Basis der Gegenseitigkeit von allen Partnern eingehalten werden. Der Hauptgrund für diese „unerwartete“ Einstellung ist in den positiven Auswirkungen zu sehen, die die vor nunmehr rd. 100 Jahren vollzogene Einigung Italiens zur Folge hatte. Damals wurde das „arme“ Süditalien mit dem „reichen“ Norditalien verbunden. Heute spielt sich dasselbe mit dem relativ armen Italien und seinen Partnerländern ab. Man ist sich aber auch darüber im klaren, daß die Wirtschaftsgemeinschaft viele Vorteile und viele Nachteile mit sich bringt; allerdings hofft man, daß die nachteiligen Folgen sehr bald mehr als

wettgemacht werden. Im Vertrauen darauf und auf die gesunde Zahlungsbilanzsituation haben die italienischen Bauern über ihre Standesorganisationen das Vertragswerk gutgeheißen. Der nach außen hin zur Schau getragene Optimismus darf aber keineswegs über die kritische innere Einstellung der italienischen Landwirtschaft zu den gegenwärtigen Problemen hinwegtäuschen.

#### *Schwierige natürliche Voraussetzungen*

Die verantwortlichen Vertreter der Bauern und der Regierung sind sich voll und ganz bewußt, daß die italienische Landwirtschaft schnellstens aus dem Stadium der „Inferiorität“ (so wird gemeinhin die Lage der italienischen Landwirtschaft im Vergleich zu den EWG-Partnern gesehen) mit Hilfe neuer agrarpolitischer Maßnahmen herausgeführt

werden muß. Im Vergleich zu den Partnerländern ist nämlich der italienische Boden wesentlich schwieriger zu bewirtschaften. In Italien befinden sich nur knapp 21 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Ebene verglichen mit 50 bis 55 % in der Bundesrepublik und Frankreich oder mehr als 90 % in den Niederlanden. Darüber hinaus sind große Teile der landwirtschaftlichen Nutzfläche noch nicht einmal voll nutzbar, weil die Kultivierung bzw. Urbarmachung einschl. umfangreicher Bewässerungsarbeiten noch nicht vollständig durchgeführt worden ist.

Ein weiteres schweres Handikap stellt nach Ansicht maßgeblicher landwirtschaftlicher Sachverständiger der hohe Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Italiens dar. In Italien sind nahezu 40 % aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt gegenüber 20 bis 25 % in der Bundesrepublik und Frankreich, 19 % in den Niederlanden und nur 13 % in Belgien-Luxemburg. Im Zuge der Freizügigkeit der Arbeitskräfte werden junge Bauern- und Landarbeitersöhne versuchen, in den Partnerländern gutbezahlte Arbeitsplätze zu finden. Doch verspricht man sich hiervon keine allzu große Entlastung des stark überbesetzten landwirtschaftlichen Arbeitsmarktes. Die abgewanderten Arbeitskräfte sind zum überwiegenden Teil auf Grund ihres Bildungsstandes nur für landwirtschaftliche Arbeiten geeignet. Hinzu kommt, daß die Landwirtschaft in den Partnerländern ihrerseits bemüht sein wird, durch Freisetzen von Arbeitskräften ihre Produktivität zu erhöhen.

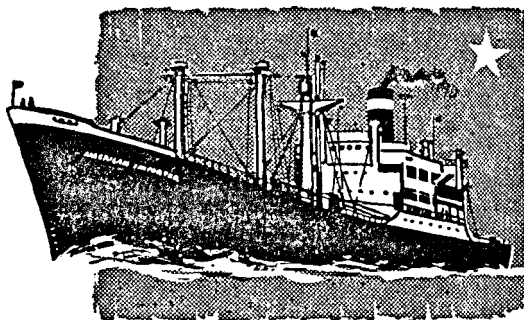
### **Protektionismus oder Kostensenkung**

Bereits Anfang 1957 hat der Vorsitzende des Generalverbandes der italienischen Landwirtschaft erklärt, daß die Landwirtschaft angesichts dieser Situation nur die Möglichkeit habe, entweder zum Protektionismus zurückzukehren oder aber den Mut zu einem Sprung nach vorn zu haben, d. h. Rationalisierung und Kostensenkung. Eine Rückkehr zum Protektionismus — Italien hat als einziges der sechs EWG-Länder seinen Außenhandel mit Agrarprodukten zu rd. 99 % liberalisiert — würde ein Durchschleppen einer ungeheuren Zahl nicht vollbeschäftigter Landarbeiter bedeuten und damit eine Unmenge schwerer sozialer und politischer Probleme aufwerfen. Der zweite Weg, obwohl seit Jahren zaghafte Schritte unternommen, hat noch keine übertragenden Erfolge gezeitigt. Dies ist auf die begrenzte zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel und das niedrige Einkommensniveau auf dem Lande zurückzuführen, ganz abgesehen von der noch immer nicht abgeschlossenen Bodenreform. Untersuchungen des National-Instituts für Agrarökonomie (INEA) haben ergeben, daß in 97 000 Kleinbauernbetrieben an der Westküste Kalabriens das gesamte Jahreseinkommen einer fünfköpfigen Bauernfamilie zwischen 1 500 bis 2 000 DM beträgt. Ein Mitglied der Familie arbeitet daher fast immer außerhalb des Betriebes, um das magere Einkommen aufzubessern. Ausländische Beobachter vermuten, daß auf diese Verhältnisse auch die im Vergleich zu den anderen Partnerstaaten hohe indirekte Steuerbelastung zurückzuführen ist.

Nachdem wir die Ursachen aufgezeigt haben, auf Grund derer die italienische Landwirtschaft einem Wettbewerb mit den EWG-Partnern teilweise nicht gewachsen zu sein glaubt, wollen wir noch kurz die möglichen Auswirkungen des Vertrages auf die landwirtschaftliche Erzeugung skizzieren. Allen Mißernten der vergangenen Jahre zum Trotz gibt es auch in der italienischen Landwirtschaft Produktionszweige, die unter den gegebenen Bedingungen bereits heute unter den abträglichen Folgen einer Überproduktion leiden. Dies ist vor allem bei Wein, Reis und Weizen der Fall. Auch in Italien können wir eine Änderung der Verbrauchsgewohnheiten beobachten. So verlagert sich z. B. der Verbrauch von Weißbrot auf Teigwaren und Fleisch; deshalb erweisen sich die verfügbaren einheimischen Sommerweizenmengen als zu groß, um so mehr, als aus baktechnischen Gründen nach wie vor Hartweizen eingeführt werden muß. Da eventuelle Weizenüberschüsse in den Partnerländern nicht abzusetzen sind, ist man bemüht, durch Verringerung der Anbauflächen unter gleichzeitiger Ertragserhöhung und Förderung der Hartweizenproduktion dieser Lage zu begegnen. Bei Reis dürften sich durch den gemeinsamen Außenzoll günstige Absatzaussichten in den Partnerländern abzeichnen.

### **Die Lage in der Veredelungswirtschaft**

Ein gewisses Ventil für die überschüssigen Getreideprodukte stellt zweifellos die Veredelungswirtschaft dar. Wie bereits erwähnt, weist der Fleischverbrauch in Italien steigende Tendenz auf, und



## **Frachtschnelldienste nach den USA**

NACH NEW YORK, BOSTON, PHILADELPHIA, BALTIMORE UND HAMPTON ROADS  
WÖCHENTLICHE ABFAHRTEN VON HAMBURG, BREMEN UND BREMERHAVEN  
WEITERE DIENSTE VON DEN BENELUX-HÄFFEN, ENGLAND UND FRANKREICH  
SOUTH ATLANTIC LINE NACH WILMINGTON, CHARLESTON, SAVANNAH,  
JACKSONVILLE, MIAMI



HAMBURG,  
BALLINDAMM 1, TEL. 3216 71  
BREMEN,  
BAHNHOFSTR. 29/31, TEL. 3008 11-17  
BREMERHAVEN,  
COLUMBUS-KAJE, TEL. 69 51

# **United States Lines**

deshalb sind die Fleischimporte auch von Jahr zu Jahr gestiegen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß im Zuge der Integration ein stärkerer Zustrom von Fleisch und Lebendvieh aus den Partnerländern zu erwarten ist, liegt in der Verfütterung überschüssiger Getreidemengen und in der Einfuhrerleichterung von Futtermitteln die Möglichkeit für eine Intensivierung und Ausweitung der italienischen Fleischproduktion begründet.

Größte Besorgnisse werden auf dem Sektor der Milchwirtschaft geäußert. Die Milchleistung der italienischen Rinder ist im Vergleich zu den Partnerländern sehr niedrig, und die Produktionskosten für die Molkereierzeugnisse liegen dementsprechend sehr hoch. Eine Angleichung an die Kostenlage der Partnerländer wird daher kaum zu umgehen sein und kann u. U. erhebliche nachteilige Folgen nach sich ziehen.

Als überaus günstig wird sich der Gemeinsame Markt aller Voraussicht nach für den Gemüse- und Obstbau einschl. Südfrüchte erweisen. Auf Grund der günstigen klimatischen und Kostenbedingungen errechnen sich die italienischen Bauern durch zunehmende Integration erhöhte Absatzaussichten. Etwas undurchsichtig sieht die Lage auf dem Weinmarkt aus. Sofern der Markt nur auf die sechs Partnerländer angewandt wird, brauchen auf Grund der guten Qualität

und der niedrigen Preise die italienischen Weine gegenüber der deutschen und insbesondere der südfranzösischen Konkurrenz nichts zu befürchten. Werden dagegen die Überseegebiete, insbesondere Algerien, mit in die EWG einbezogen, so erwachsen den italienischen Südweinen hier unerfreuliche Konkurrenzen.

Überhaupt wirft die Einbeziehung der überseeischen Gebiete für Italien ganz besondere Probleme auf, weil dort im Vergleich zu Europa gänzlich andere soziale und wirtschaftliche Verhältnisse herrschen. Darüber hinaus nimmt man in Italien an, daß bei Einbeziehung der Überseegebiete die von dem Investitionsfonds vermutlich zur Verfügung zu stellenden Mittel, die sich Italien für die Entwicklung seiner südlichen Provinzen erhofft, wesentlich schwächer fließen werden.

Italien ist sich, wie die vorstehenden Ausführungen zeigen, der Schwierigkeiten, die der Landwirtschaft aus der Verwirklichung der EWG erwachsen, durchaus bewußt. Dennoch hat in weiten italienischen Kreisen die Überzeugung gesiegt, daß durch einen engeren Zusammenschluß der EWG-Staaten der Lebensstandard aller beteiligten Staaten gehoben werden wird und damit auch eine Bereinigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, insbesondere aber eine Gesundung der süditalienischen „Notstandsgebiete“, zu erwarten ist. (S.)

## GROSSBRITANNIEN: Keine protektionistischen Gebilde!

London, den 16. 3. 1959

Die heimische Landwirtschaft deckt heute kalorienmäßig zwei Fünftel und dem Wert nach die Hälfte des britischen Nahrungsmittelbedarfs. Gegenüber der Vorkriegszeit ist das eine bedeutende und allgemein begrüßte Steigerung, die den englischen Steuerzahler aber immer noch 260 Mill. £ an Subventionen, hauptsächlich in Form garantierter Verkaufspreise, kostet. Eine durchschnittliche Zubeße von 800 £ je Farm oder 250 £ für jede in der Landwirtschaft beschäftigte Person ist sicherlich ein hoher Preis für eine leistungsfähige Agrarwirtschaft, so wichtig sie auch als stra-

tegische Reserve und soziologischer Stabilisator sein mag. Doch bleibt es nicht dabei: Die Mehrzahl der britischen Farmer verdienen weniger als ein Facharbeiter und die Landarbeiter weniger als ungelernete Arbeiter in den Städten. Entsprechend gering ist ihr Beitrag zum Sozialprodukt. Rein wirtschaftlich gesehen, täten sie besser daran, ihren Beruf zu wechseln und die Ernährung der Bevölkerung dem Importeur zu überlassen.

### **Spezialisierung in der Produktion**

Da dies nicht nur strategisch und soziologisch verhängnisvoll, sondern auch politisch und praktisch unmöglich wäre, zielt die Regie-

rungspolitik darauf ab, das Notwendige mit dem Nützlichen zu verbinden und die gegenwärtige Agrarfläche in landwirtschaftlicher Nutzung zu halten, dabei aber dem Weizen weniger und den Futtermitteln mehr Beachtung zu schenken, die Futtereinfuhr entsprechend zu senken, sowie mehr Rind- und Hammelfleisch und weniger Schweinefleisch, Milch und Eier zu produzieren. Auf diese Weise will man die britische Landwirtschaft auf lange Sicht wettbewerbsfähiger und die sozial noch notwendige, aber ökonomisch unerwünschte Subventionierung leistungsschwacher Bauern überflüssig machen. Der britische Farmer soll produzieren, nicht was dem kleinen Mann am leichtesten fällt, sondern was der leistungsfähige Betrieb bei voller Substanzerhaltung am besten und billigsten erzeugt.

Das bedeutet eine gewisse Spezialisierung. Man will die teuersten Subventionen langsam abbauen, doch den Farmern Zeit zur Umstellung lassen und mehr Brotgetreide und hochwertige Proteinnahrung importieren. Daraus und aus der Geschmackswandlung im englischen Konsum — mehr hochwertige kohlehydratarme Nahrung, Frischobst und auch kontinentale Spezialitäten, die der britische Ferienreisende und internationale Restaurateur popularisieren — ergeben sich zweifellos neue Chancen für exportintensive Landwirtschaften auf dem europäischen Festland, doch ist dreierlei zu beachten: erstens muß die Vorzugstellung von Agrarprodukten aus dem Commonwealth erhalten bleiben; zweitens muß das Ziel des europäischen Lieferanten eher auf stetige als rasche Absatzausweitung gerichtet sein; und drittens erwartet Großbritannien ein quid pro quo in Form erhöhter Industriewarenabnahmen.

### **Agrarpolitische Schutzmaßnahmen**

Die britische Landwirtschaft wird direkt und offen durch alljährlich revidierte Preisgaranziezahlungen (für Getreide, Fleisch, Milch, Eier, Kartoffeln, Wolle und Zuckerrüben), Mindererntenausgleich (für Getreide und Fleisch), verbilligte Düngemittel und Land- und Gehöftverbesserungszuschüsse unter-

stützt. Zollschutz und Karenzzeiten fallen nur beim Gartenbau ernstlich ins Gewicht. Dem britischen Farmer kann es also im großen und ganzen gleichgültig sein, wieviel und wie billige Lebensmittel importiert werden; er ist eines auskömmlichen Absatzes über Marketing Boards sicher. Wenn billige Einfuhren den Marktpreis zugunsten des Verbrauchers senken, legen höhere Subventionen zu den garantierten Erlösen des heimischen Erzeugers die Last auf den Steuerzahler. Die unterschiedlichen Interessen des britischen Produzenten, Konsumenten und Steuerzahlers verwirren mitunter die Einstellung zu Fragen der Nahrungsmiteinfuhr, können jedoch nicht die Tatsache ändern, daß Großbritannien als größter Agrarimporteur der Welt grundsätzlich an allen Maßnahmen, auch im Ausland, interessiert ist, die die Lebensmittelproduktion vermehren und verbilligen und die europäische Landwirtschaft leistungsfähiger machen.

Wenn dies durch Spezialisierung und Intensivierung erreicht wird, so ist das vom englischen Standpunkt zu begrüßen, jedoch mit dem Vorbehalt, daß nicht künstliche Forcierung und zeitweiliges Dumping von Produktionsüberschüssen die erwünschte stetige Expansion hemmen. Wenn nationale Agrarwirtschaften eines Schutzes bedürfen, so sollte er offen durch Subventionen und nicht durch Zölle oder Kontingentierung erfolgen, und diese sollten dem langfristigen Ziel der Entwicklung einer lebensfähigen Landwirtschaft dienen, nicht aber dazu benutzt werden, ein neues grundsätzlich protektionistisches Gebilde, wenn auch in einem größeren Raum, zu errichten. Hier münden englische Überlegungen über Fragen der Agrarpolitik in die internationale Kontroverse „Gemeinsamer Markt gegen Freihandelszone“, in der der britische Standpunkt bekanntlich gefühls- und interessenmäßig entschieden die weitestgehende Freizügigkeit fordert. (A.)

### **Stützungs politik führt zu Überschüssen**

In Finnland, Norwegen und Schweden liegen die Dinge wesentlich anders. Auf Grund einer seit langem betriebenen „staatlichen Stützungs politik“ ist in diesen Ländern eine überdimensionierte Landwirtschaft entstanden, mit der Folge, daß hauptsächlich bei tierischen Veredelungsprodukten—in Schweden auch bei Getreide—in normalen Jahren erhebliche Überschüsse produziert werden, die zum Weltmarkt drängen.

In Finnland und Schweden wird die Landwirtschaft offen subventioniert, sie muß subventioniert werden, weil im anderen Falle die Wettbewerbsfähigkeit und die Rentabilität für größere Teile der Landwirtschaft in Frage gestellt wären. Für Finnland kommen die aus den Kriegsfolgen verursachten Umsiedlungen von landwirtschaftlicher Bevölkerung aus Karelien nach Mittel- und Südfinnland als Gründe für eine staatliche Lenkung der Agrarproduktion hinzu.

Grundsätzlicher Tatbestand für die Landwirtschaft Nordeuropas ist somit, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um mit dem Überschussproblem fertig zu werden. Am schlechtesten steht in dieser Beziehung Finnland da. Denn selbst dann, wenn es zu einer europäischen Freihandelszone kommen sollte, bliebe Finnland aus politischen Gründen „draußen vor“.

Für Norwegen ist der Export von Lebensmitteln von vergleichsweise geringerer Bedeutung, was selbstverständlich aber nicht ausschließt, daß die Landbevölkerung der kargen, besonders der nördlichen Gebiete die Beteiligung an der europäischen Integration nur begrüßen würde.

### **Die Stellung zum Gemeinsamen Markt**

In Dänemark sind in der Gesamtsicht auf die europäische Integration die Auffassungen geteilt. Die Landwirtschaft setzt sich seit langem entschieden für Dänemarks Anschluß an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ein, und zwar aus der Erwägung, daß der zur Zeit noch bedeutendste Absatzmarkt Großbritannien von den

## **SKANDINAVIEN: Die Freihandelszone muß kommen!**

Stockholm, den 14. 3. 1959

Im Rahmen der Volkswirtschaften auch der Nordländer stellt die Landwirtschaft seit Jahren das „Sorgenkind“ Nummer eins dar. Die Gründe dieses Sachverhaltes sind bekannt und bedürfen keiner Analyse.

### **Die dänische Veredelungswirtschaft**

Dänemark ist den Schwierigkeiten auf agrarischem Gebiet am ehesten und besten in einem gewissen Umfang durch den Übergang zur Veredelungswirtschaft von tierischen Produkten ausgewichen. In „normalen“ Zeiten bei großem Bedarf von Lebensmitteln in den wichtigen Abnehmerländern hat die dänische Landwirtschaft hierbei gut abgeschnitten. Nach dem zweiten Weltkrieg freilich war von solchen „normalen“ Verhältnissen nur wenig die Rede.

Seit dem Inkrafttreten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat sich für Dänemark zusätzlich eine völlig neue und schwierigere Situation ergeben. Der vor einigen

Monaten mit der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossene Dreijahresvertrag ist ein Versuch, die Auswirkungen des Gemeinsamen Marktes wenigstens teilweise „aufzufangen“ oder wenigstens den Absatz bestimmter Produkte sicherzustellen. Ob das gelingen wird, läßt sich gegenwärtig noch nicht beurteilen.

Der Anbau von Getreide und Hackfrüchten in Dänemark ist gegenüber den tierischen Lebensmitteln von geringerer Bedeutung. Im Verhältnis zu den europäischen Integrationsbestrebungen werden aus dieser Gruppe nur Gerste und Zuckerrüben in erwähnenswertem Ausmaß berührt.

Unbestreitbares Faktum ist trotzdem aber, daß die Gesamtlage der dänischen Landwirtschaft ausnahmslos so lange schweren Belastungen ausgesetzt bleiben wird, als es nicht gelingt, den agrarischen Komplex überhaupt sinnvoll und gleichwertig mit anderen Wirtschaftszweigen in die europäische Integration einzubauen.



Ländern des Gemeinsamen Marktes, im besonderen von der Bundesrepublik Deutschland, überflügelt werden wird. Man nimmt an, daß sich das Schwergewicht des Absatzes von Lebensmitteln auf die EWG-Länder verlagern wird. Die übrigen Bereiche der dänischen Wirtschaft, vor allem die Industrie, will dagegen von einem Anschluß an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nichts wissen, weil nach Kriegsende der Export von industriellen Erzeugnissen ganz nahe an das Niveau der Agrarausfuhr herangerückt ist und sie in einigen Jahren voraussichtlich übertreffen wird.

Schweden steht im Begriff, seine Landwirtschaft zu rationalisieren. Dieser Prozeß wird dadurch erschwert, daß die schwedische Landwirtschaft Überschüsse sowohl an tierischen Veredelungsprodukten als auch an Getreide hat. Hinsichtlich des Getreides hat Schweden sich seit längerem gegen die Auswirkungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dadurch „abgeschirmt“, daß es mit der Bundesrepublik Deutschland einen jeweils für drei Jahre geltenden Liefervertrag über 300 000 t Getreide abgeschlossen hat. Für tierische Lebensmittel wird bei den in Kürze anlaufenden Handelsverhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland von Schweden gleichfalls eine für drei Jahre geltende Lösung angestrebt werden.

#### *Im Lichte der Freihandelszone*

Die Frage, wie die Landwirtschaften der Nordländer in internationalen oder auch europäischen Markteinheiten lebensfähig erhalten werden sollen, wird seit langem lebhaft diskutiert, bisher aber ist sie einigermaßen erschöpfend noch nicht beantwortet worden. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß das gar nicht möglich sein wird, solange die Unklarheit über die europäische Freihandelszone nicht gelöst ist. Kommt sie nicht zustande, wäre es möglich, daß Dänemark, vielleicht sogar auch Schweden versuchen werden, in eine engere Verbindung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu kommen, um einen Absatzmarkt langfristig zu sichern.

Obwohl in allen Nordländern die Aussichten für die Freihandelszone gegenwärtig mehr als pessimistisch beurteilt werden, sind die Hoffnungen auf ihr Zustandekommen noch lange nicht begraben worden. Deshalb nicht, weil hierzulande kein Mensch daran glauben kann, daß einem „lachenden Dritten“ das unerfreuliche Schauspiel einer europäischen Zersplitterung in wirtschaftlicher Hinsicht vorgeführt werden soll. Da ferner aber auch im Rahmen einer eventuellen „nordeuropäischen Zollunion“ die Agrarfrage für alle

Nordländer vollbefriedigend nicht gelöst werden könnte, ist anzunehmen, daß bis auf weiteres Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden versuchen werden, sich so gut selbst zu helfen, wie es nach der Lage der Dinge möglich ist. Letztlich setzt der Norden seine Hoffnungen darauf, daß sich in absehbarer Zeit auch in der internationalen Landwirtschaft neue Entwicklungen anbahnen werden, in denen die nordeuropäischen Interessen besser zur Geltung kommen können, als das bisher der Fall war! (dt.)

## Come back der Freihandelszone?

Wenn auch nach dem ergebnislosen Verlauf der britisch-französischen Verhandlungen vielfach die Freihandelszone als gescheitert angesehen worden ist, so deutet manches darauf hin, daß in dieser Frage noch nicht das letzte Wort gesprochen worden ist und daß sogar sehr bald die Diskussion über ein der Freihandelszone ähnliches Gebilde wieder aufgenommen werden wird. Es dürfte jedenfalls der Problematik nicht gerecht werden, wenn man die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs und die Freihandelszone als eine alternative Lösung auf der gleichen Ebene betrachten wollte: In diesen beiden Konstruktionen steht durchaus nicht eine „kleineuropäische“ einer „großeuropäischen“ Lösung gegenüber.

Nach der gesamten Konzeption, aus der die Romverträge hervorgegangen sind, ist die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als die Vorstufe einer fortschreitenden politischen Integration Europas anzusehen. Vielleicht darf man aber heute schon die Frage stellen, ob in dieser Konzeption nicht insofern ein grundsätzlicher Irrtum liegt, als aus einem schrittweisen Abbau der Handelsschranken, aus einer Harmonisierung der wirtschaftspolitischen Verhältnisse, aus einer Anpassung der Produktions- und Marktverhältnisse nicht zwangsläufig als Endergebnis eine politische Einheit erwartet werden darf. Bereits die kurze Zeit der Erfahrung hat manche Bedenken auftauchen lassen. Vielleicht hätten am Anfang der Europäischen Gemeinschaft statt der rechnerisch-theoretischen Vorarbeiten für einen neuen Zolltarif lieber der Abbau einiger Souveränitätsrechte und ihre Übertragung auf ein überstaatliches Organ sollen. Dann hätte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nicht so leicht in den Meinungsstreit wirtschaftlicher Interessengruppen kommen können. Es wäre jedenfalls für die Initiatoren des vereinten Europas eine bittere Enttäuschung, wenn als Endergebnis einer fortschreitenden Harmonisierung der Wirtschaft nichts weiter herauskäme als ein syndikalistisches Gebilde mit einer Anzahl überstaatlicher Kartelle und Interessenverbände.

Die enge wirtschaftliche Bindung mit ihrem politischen Endziel, wie sie in den Romverträgen begründet ist, hat von vornherein die räumliche Ausdehnung der Gemeinschaft begrenzt und ihr damit in handels- und wirtschaftspolitischer Sicht ein isolationistisches und protektionistisches Odium verliehen. Von diesem Aspekt aus könnte die losere Bindung in einer Freihandelszone, die ganz Europa umfaßt, mit ihrer begrenzten handelspolitischen Zielsetzung ein willkommener Wegbereiter einer politischen Einigung sein, die nur ein Teilgebiet umfaßt. Im Zeichen einer expandierenden Weltwirtschaft dürfte Europa zu klein sein, um mehrere Zollunionen, die sich mit ihren Interessengebieten überschneiden, in sich zu vereinen. Ganz besonders die Länder, für die ein Anschluß an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft außer Frage steht, sind davon überzeugt, daß ein Weg gefunden werden muß, der über die Gemeinschaft der Sechs hinaus Europa zu einer handelspolitischen Einheit zusammenschließt. (sk)